

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Kristian Ronneburg (LINKE)

vom 23. Januar 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 23. Januar 2024)

zum Thema:

Magnetschwebebahn (II)

und **Antwort** vom 2. Februar 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 9. Februar 2024)

Senatsverwaltung für
Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Herrn Abgeordneten Kristian Ronneburg (LINKE)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/17962
vom 23. Januar 2024
über Magnetschwebbahn (II)

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft (zum Teil) Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl um eine sachgerechte Antwort bemüht und hat daher die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) um Stellungnahme gebeten. Sie wird in der Antwort an den entsprechend gekennzeichneten Stellen wiedergegeben.

Frage 1:

Braucht Berlin eine Magnetschwebbahn? Wenn ja, aus welchen Gründen?

Antwort zu 1:

Es wird auf die Antwort zu den Fragen 1-5 der Schriftlichen Anfrage 19/17403 verwiesen.

Frage 2:

Welche Beschlüsse zur Einführung einer Magnetschwebbahn wurden seitens des Senats getroffen?

Antwort zu 2:

Keine.

Frage 3:

Welche Beschlüsse zur Einführung einer Magnetschwebbahn hat der VBB getroffen?

Antwort zu 3:

Keine.

Frage 4:

Inwiefern hat sich der Aufsichtsrat des VBB mit der Einführung der Magnetschwebbahn beschäftigt? Bitte Angabe in welchen Sitzungen dies geschehen ist inkl. Nennung der Beteiligten.

Antwort zu 4:

Aufsichtsratssitzungen des VBB unterliegen der Vertraulichkeit.

Frage 5:

Welche weiteren Verkehrssysteme braucht Berlin noch? Bitte Nennung von Gründen und liegen auch dazu Untersuchungen, Gutachten, Studien etc. vor?

Antwort zu 5:

Im Land Berlin werden unterschiedliche Verkehrssysteme benötigt, um den verschiedenen Mobilitätsbedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner zu entsprechen. Die genaue Ausgestaltung hängt von den konkreten Bedarfen und örtlichen Gegebenheiten ab. Eine pauschale Beantwortung ist daher nicht möglich. Eine Übersicht sämtlicher Untersuchungen, Gutachten und Studien zu unterschiedlichen Verkehrssystemen wird nicht geführt.

Frage 6:

Kann der Senat bestätigen, dass übrige Verkehrsmittel laut Aussage von Ute Bonde, Chefin des VBB, in der Berliner Zeitung, in keiner Konkurrenz zu einer Magnetschwebbahn stehen werden? Wenn ja, wie wird dies begründet?⁴

Frage 10:

Der Senat hat mit Pressemitteilung vom 29.11.2023 seine Pläne für den Ausbau der Mobilität im Nordosten Berlins vorgestellt. Magnetschwebbahnen werden in der Mitteilung nicht erwähnt, derweil wird die VBB-Chefin damit zitiert: „Außer U- und Straßenbahnen könnten auch Magnetschwebbahnen in die Neubaugebiete fahren, berichtete die VBB-Chefin. Eine Idee liefe darauf hinaus, eine Trasse vom Alexanderplatz in Mitte in den Nordosten von Berlin zu bauen. Sie könnte unter anderem in der Greifswalder Straße verlaufen. Die breite Hauptverkehrsstraße in Prenzlauer Berg biete Platz für eine oberirdische Trassenführung.“ Wie bewertet der Senat diese Pläne?

Frage 11:

Auch die Linie U0, die die BVG in ihrem Konzept „Expressmetropole“ skizziert hat, könnte laut Bonde als Magnetschwebbahn gebaut werden. Begründet werde dies damit, dass sie als autarke Linie dann nicht mit dem U-Bahn-Netz verbunden werden müsste. Wie bewerten Senat und BVG diese Pläne?

Antwort zu 6, 10 und 11:

Die Fragen 6, 10 und 11 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Insgesamt gilt für alle Verkehrsträger und damit auch für eine Nahverkehrsmagnetschwebbahn, dass jeweils derjenige Verkehrsträger zum Einsatz kommen soll, der den verkehrlichen Anforderungen und stadträumlichen Bedürfnissen unter Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen am ehesten entspricht. Nach Auskunft der BVG gibt es für die einzelnen Strecken der BVG-Vision „Expressmetropole“ noch keine detaillierten technischen Ausarbeitungen.

Frage 7:

Welche Strecken hat die Arbeitsgruppe bisher untersucht und zu welchen Ergebnissen bzgl. der Eignung als Magnetschwebbahn-Pilotstrecke ist sie gekommen? Welche untersuchten Strecken wurden aus welchen Gründen verworfen?

Antwort zu 7:

In der Arbeitsgruppe werden verschiedene Strecken im gesamten Stadtgebiet in den Blick genommen. Ergebnisse sind weiteren Untersuchungen vorbehalten.

Frage 8:

Wann soll die Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben werden? Welches finanzielle Volumen wird für die Studie veranschlagt und aus welchem Titel finanziert? Bis wann soll die Studie vorliegen?

Antwort zu 8:

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind noch keine Festlegungen getroffen und daher keine diesbezüglichen Aussagen möglich.

Frage 9:

In dem Artikel der Berliner Zeitung wird berichtet, dass der VBB ein Angebot für Grundlagenuntersuchung und Vorplanung erstelle, um hierfür den Auftrag der Senatsverwaltung für Mobilität zu erhalten. Für welche konkrete Strecke wird das Angebot erstellt und wie ist der weitere Zeitplan? Mit welchen Kosten wäre ein solcher Auftrag voraussichtlich verbunden und aus welchem Haushaltstitel ist die Finanzierung beabsichtigt?

Antwort zu 9:

Dem Senat liegt zum Zeitpunkt der Beantwortung der Schriftlichen Anfrage kein Angebot vor. Aussagen zu Kosten und Finanzierung sind daher nicht möglich.

Frage 12:

In dem Artikel ist ebenso die Rede davon, dass sich Bögl seit Jahren gegenüber der CDU und anderen Berliner Akteuren als Anbieter ins Gespräch bringe. Welche Kontakte zu Parteien oder anderen Akteuren sind dem Senat seitens der Fa. Bögl zur Kenntnis gebracht worden?

Frage 13:

Welche Kontakte zur Fa. Bögl hat es seitens der heutigen Mitglieder des Senats in ihren vorigen politischen Funktionen in Legislative und Exekutive gegeben?

Antwort zu 12 und 13:

Das Unternehmen Max Bögl steht bundesweit mit einer Reihe von Akteuren aus dem Bereich der Verkehrsinfrastruktur im Austausch. Kontakte mit Akteuren im Land Berlin sind dem Senat durch den Erfahrungsaustausch im Rahmen der im letzten Jahr eingerichteten behördenübergreifenden Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der Senatskanzlei, der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt, der BVG, des VBB und der BEHALA bekannt.

Frage 14:

Wie bewertet der Senat die Aussage, dass es zwar eine europaweite Ausschreibung für eine Magnetschwebebahn geben müsse, es auf dem Markt faktisch jedoch keinen anderen Anbieter gebe, so die VBB-Chefin in der Berliner Zeitung. Welche besonderen Anforderungen bestehen dann an eine Ausschreibung, wenn sich Berlin andernfalls nur von einem Anbieter abhängig machen würde? Inwiefern müsste eine Ausschreibung dementsprechend angepasst werden?

Antwort zu 14:

Der Senat ist wie auch ein von ihm beauftragter Dritter an die vergaberechtlichen Vorgaben gebunden.

Frage 15:

Es wird laut VBB eingeschätzt, dass eine Bundesförderung nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz für die Magnetschwebebahn möglich sei. Strebt der Senat eine solche Finanzierung an?

Frage 16:

Welche Schieneninfrastrukturprojekte will der Senat außerdem über Bundesfördermittel in den nächsten Jahren zehn Jahren finanzieren? Wie hoch wird das finanzielle Volumen dafür eingeschätzt und wie verhalten sich diese Anmeldungen gegenüber den vom Bund zur Verfügung gestellten Mitteln?

Antwort zu 15 und 16:

Die Fragen 15 und 16 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der Senat ist bestrebt, für alle förderfähigen Schienenverkehrsprojekte Bundesfördermittel einzuwerben. Eine Antragstellung kann allerdings erst mit dem Vorliegen eines Planfeststellungsbeschlusses und den im Ergebnis vorliegenden konkreten Kosten eines Vorhabens erfolgen.

Frage 17:

Für wie realistisch hält der Senat die Aussage der VBB-Chefin, dass die erste Strecke für eine Magnetschwebebahn bis 2030 in Betrieb genommen werden könne? Bitte Nennung der zeitlichen Meilensteine.

Antwort zu 17:

Da eine Beauftragung noch nicht erfolgt ist, können noch keine Meilensteine benannt werden.

Berlin, den 02.02.2024

In Vertretung

Dr. Claudia Elif Stutz
Senatsverwaltung für
Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt